



ZÜRICHSEE



[Meine Gemeinde](#)

[Bezirk Horgen](#)

[Bezirk Meilen](#)

[Kurzmeldungen](#)

[Gastronomie](#)

[Startseite](#) | [Zürichsee](#) | Horgen: Präsident der Planungsgruppe Zimmerberg in der Kritik

Abo [Umstrittener Deponiestandort in Horgen](#)

Präsident der Planungsgruppe gerät wegen Empfehlung in Kritik

Die IG gegen den Deponiestandort Längenberg in Horgen wirft dem Präsidenten der Planungsgruppe Zimmerberg einen Interessenkonflikt vor. Sie fordert den Rücktritt.



Daniela Haag

Publiziert heute um 05:30 Uhr





Die IG Längiberg wehrt sich gegen den Deponiestandort in Horgen und greift den Präsidenten der Planungsgruppe Zimmerberg persönlich an.

Foto: Moritz Hager



Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 06:22 1x

BotTalk

In Kürze:

- Die IG Längiberg fordert den Rücktritt von Präsident Martin Arnold.
- Arnold wird Interessenkonflikt und Vetternwirtschaft vorgeworfen.
- Er bleibt gelassen und verweist auf taktische Gründe für seine Entscheidungen.
- Der Schlussentscheid über die Deponie Längiberg liegt beim Zürcher Kantonsrat.

Martin Arnold präsidiert die Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ) seit 2018. Nun steht er in der Kritik. Die Interessengemeinschaft Längiberg, die sich gegen einen Deponiestandort wehrt, wirft ihm einen Interessenkonflikt vor. In einem offenen Brief fordert die IG seinen Rücktritt.

Was ist passiert? Die Delegierten der Planungsgruppe haben an ihrer letzten Sitzung ihre Stellungnahme zur Revision des kantonalen Richtplans beschlossen. Darin sind auch die geplanten Standorte für Deponien eingetragen. Sie beantragen dem Kanton, den neuen Standort Waggital in Wädenswil zu streichen. Die drei bisherigen – zwei neben der Autobahn in Wädenswil sowie der Längiberg in Horgen – sollen bestehen bleiben.

Mögliche Deponiestandorte in Horgen und Wädenswil

Grafik: ram

Den Antrag aus Horgen, auch den Standort Längiberg zu streichen, unterstützte nur die Wädenswiler Stadträtin Astrid Furrer (FDP). Damit folgten die Delegierten grossmehrheitlich dem Antrag des ZPZ-Vorstands. Dieser empfahl, nur den Standort Waggital zu streichen, um die Chancen zu erhöhen. Arnold sagte an der Delegiertenversammlung, die ZPZ solle den bereits im Richtplan eingetragenen Standort Längiberg zähneknirschend akzeptieren. Dies im Wissen, dass er vermutlich nicht komme, da es sich um einen Ersatzstandort handle.

Vorwurf der Vetternwirtschaft

Diese Aussage fliegt Martin Arnold jetzt um die Ohren. Die IG Längiberg, die nach eigenen Angaben über 1000 Mitglieder zählt, fordert ihn zum Rücktritt auf. Sein Auftritt an der Delegiertenversammlung sei «unverständlich und äusserst fragwürdig».

Konkret geht es um ein berufliches Engagement des Präsidenten. Martin Arnold, der ein Kommunikationsunternehmen führt, ist Geschäftsführer des Fachverbandes der Kies- und Betonwerke des Kantons Zürich (FKB). Präsident dieses Fachverbandes ist Truls Toggenburger. Dessen Unternehmen, die Toggenburger AG, hat sich bereits Rechte für die Deponie Längiberg gesichert.

Die Interessengemeinschaft wirft Martin Arnold nun vor, er habe seinem Weggefährten Toggenburger einen Gefallen gemacht, indem die ZPZ auf die Streichung des Standorts Längiberg verzichtete. Sie verlangt, dass die ZPZ die Diskussion über den Standort Längiberg an der nächsten Versammlung wiederholt – ohne den Präsidenten.

«Es war keine Gefälligkeit»

Martin Arnold kann den Angriff der IG nicht nachvollziehen. Es stimme zwar, dass er mit seiner Agentur den Fachverband betreue. Es gebe offen-

bar eine Vereinbarung mit einem Grundeigentümer. «Ich bin aber weit davon entfernt, jemandem auf diese Weise eine Gefälligkeit zu erweisen, das ist absurd», sagt er. «Ich habe den Antrag des Vorstands vertreten und aus taktischen Gründen für die Beibehaltung des Längibergs plädiert.» Persönlich hätte er gar keinen Nutzen davon, wenn im Längiberg eine Deponie gebaut würde.

Ohnehin sei es ziemlich unwahrscheinlich, dass diese Deponie je realisiert werde. Da es sich um einen Ersatzstandort handle, komme er nur infrage, wenn die beiden anderen an der Autobahn nicht realisiert werden könnten.

Zudem brauchte es im Längiberg noch die Zustimmung weiterer Grundeigentümer sowie einen Gestaltungsplan und eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Ein weiteres Hindernis dürfte auch die Zufahrt sein, die über den Wädenswiler Ortsteil Au führt. Wädenswil kündigte jedenfalls schon an, die Zufahrt nicht zu bewilligen.

Arnold beteuert, mit offenen Karten gespielt zu haben. Der Vorstand und die Delegierten hätten von seinem Engagement gewusst. Als Präsident habe er sich an der Abstimmung auch nicht beteiligt. Er sagt aber: «Ich nehme den offenen Brief nicht auf die leichte Schulter.» Die Rücktrittsforderung nehme er zur Kenntnis. Einen solchen Antrag müssten aber die Delegierten der ZPZ stellen.

IG soll Kantonsräte überzeugen

Dass Arnold vom ZPZ-Vorstand oder den Delegierten harter Wind ins Gesicht bläst, ist nicht anzunehmen. Sogar der Horgner Vertreter in der Planungsgruppe, Gemeinderat Andy Macaluso (GLP), verurteilt das scharfe Vorgehen der IG. Er hatte den Delegierten den Antrag gestellt, den Längiberg zu streichen.

«Die Interessengemeinschaft schiesst über das Ziel hinaus», sagt Macaluso. Er habe zwar sehr viel Sympathien für deren Anliegen, «aber ich habe ein Problem damit, dass die IG gegen eine Person schiesst». Martin Arnold habe nicht allein entschieden. Der Vorstand habe den Antrag gestellt, und die Delegierten hätten abgestimmt. Macaluso bestätigt, dass der ZPZ-Präsident sein Engagement für die Toggenburger AG erwähnt habe: «Wir hatten das im Hinterkopf.»

Macaluso spielt den Ball zurück an die IG. Der Längiberg sei schon vor bald 20 Jahren im kantonalen Richtplan als Deponiestandort eingetragen worden. «Ich ärgere mich, dass das damals niemanden störte und sich niemand gewehrt hat.» Er gibt zu bedenken, dass es ohnehin schwierig ist, einen bisherigen Standort zu streichen. Nichtsdestotrotz bekämpfe der

Gemeinderat Horgen die Deponie Längiberg weiterhin «mit vollem Elan» und reiche ebenfalls einen Streichungsantrag beim Kanton innerhalb der Anhörungsfrist ein.

Macaluso empfiehlt der IG, die Kantonsräte des Bezirks Horgen von ihrem Anliegen zu überzeugen. Denn es ist der Kantonsrat, der den kantonalen Richtplan dereinst festlegen wird.

Bis es so weit ist, dauert es noch eine Weile. Bis Mitte März läuft die Frist, in der Gemeinden und die Bevölkerung Stellung zu den Deponieplänen des Kantons nehmen können. Die kantonalen Fachstellen werden den Richtplan danach überarbeiten und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegen. Erst dann kommt er in den Kantonsrat.

Daniela Haag ist Redaktorin und berichtet schwerpunktmässig über die Zürichsee-Region. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden](#).

0 Kommentare